

Personalien

Wechsel im Aufsichtsrat bei Rewe Dortmund

Stefan Lenk ist im Juli zum neuen Aufsichtsratsvorsitzenden des Großhandels Rewe Dortmund gewählt worden. Er unterstützt den Vorstand Andreas Schmidt bei der Neupositionierung der Dortmunder Genossenschaft. Die Großhandlung soll mehr auf die Belange der selbstständigen Kaufleute ausgerichtet werden. In seiner neuen Funktion zieht Lenk auch in den Aufsichtsrat der Rewe Group ein.

Kerres verlässt Aronia

Markus Kerres verlässt den Bio-Hersteller Aronia Original als zweiter Geschäftsführer zum Ende des Jahres. Bis dahin steht er dem Gründer und Inhaber Jörg Holzmüller beratend zur Seite. Kerres verstärkte seit einem Jahr die Geschäftsführung und war zuvor mit Prokura zeichnender Vertriebs- und Marketingleiter im Unternehmen.

Neuer Präsident für PIWI international

Josef Engelhart ist neuer Präsident von PIWI, der internationalen Arbeitsgemeinschaft zur Förderung pilzwiderstandsfähiger Rebsorten. Er folgt dem Gründungsmitglied Matthias Wolff, der seine Arbeit im Vorstand als Vertreter Deutschlands weiterführt.

Aeikens ist neuer Staatssekretär im Landwirtschaftsministerium

Der ehemalige Agrarminister von Sachsen-Anhalt Hermann Onko Aeikens (CDU) hat zum 1. September seine Arbeit als Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium aufgenommen. Er folgt auf den seit 2010 amtierenden Robert Kloos, der in den einstweiligen Ruhestand versetzt wurde.

Wir haben nur diese eine Welt

AÖL nimmt Stellung zum Nachhaltigkeitsdialog

Der Ausspruch von Schauspielerin Jane Fonda, dass wir mit dieser Welt umgehen, als hätten wir noch eine zweite im Koffer, hat nichts von seiner Aktualität verloren. Im Gegenteil: die Menschheit muss sich mehr und mehr in ihren Nachhaltigkeitsbestrebungen anstrengen.

1992 haben sich die Vereinten Nationen zum Leitbild der nachhaltigen Entwicklung bekannt. In Rio de Janeiro verabschiedeten sie ein globales Aktionsprogramm. Mit der Agenda 21 erklärte sich jeder der über 170 Unterzeichnerstaaten bereit, das Leitbild national in allen Politikbereichen unter Beteiligung von Gesellschaft und Wirtschaft umzusetzen. Auch Deutschland hat unterzeichnet. 2002 legte deshalb die Bundesregierung die Nationale Nachhaltigkeitsstrategie Perspektiven für Deutschland vor. Ein 2010 beschlossenes Maßnahmenprogramm benennt Aufgaben und Ziele, mit deren Hilfe die Bundesregierung in ihrem eigenen Verantwortungsbereich die Nachhaltigkeitsziele erreichen will. Die Strategie und die einzelnen Maßnahmen werden fortlaufend weiterentwickelt.

Die deutsche Nachhaltigkeitsstrategie wurde 2016 von der

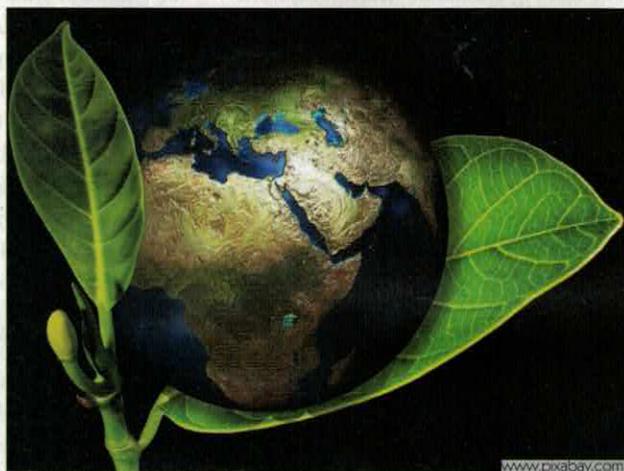
Bundesregierung erneut überarbeitet. Bürger, Verbände und Interessierte waren aufgerufen, bis zum August Stellung zu dem neuen Entwurf zu beziehen.

Nachhaltigkeitsstrategie der AÖL

Der Nachhaltigkeitsgedanke prägt seit jeher die Unternehmen der Mitgliedsbetriebe der Assoziation ökologischer Lebensmittelhersteller. Aus die-

sem Grund hat die AÖL eine umfassende Stellungnahme zur Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet. Dort heißt es:

„Die AÖL begrüßt die Bemühungen der Bundesregierung, ihre Nachhaltigkeitsstrategie zu überarbeiten und eng an die Agenda 2030 und damit an die Sustainable Development Goals (SDG) anzulehnen. Wir stimmen zu, dass Nachhaltigkeit alle Länder und Menschen der Erde angeht und auch alle



Vierte Organic Processing Conference der IFOAM EU in Sevilla, Spanien

Am 24. und 25. November findet in Sevilla, Spanien, die 4. Organic Processing Conference der IFOAM EU statt. Dort treffen sich Fachexperten und Wirtschaftsakteure der europäischen Biobranche und widmen sich den Innovationen und Entwicklungen des ökologischen Sektors. Experten sprechen zu folgenden Themen:

- Entwicklungen in der Wertschöpfungskette
- Markttrends
- Innovative Ansätze
- EU-Politik für einen wachsenden Markt

Weitere Informationen dazu unter:
<http://www.ifoam-eu.org/en/node/3751>



www.pixabay.com

Ressorts der Politik betrifft. Nachhaltigkeit als Leitgedanken für das politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Handeln zu bestimmen, halten wir für wichtig.

Es ist zwingend notwendig, im Sinne der Nachhaltigkeit, die Wohlstandsbegriffe mehr auf immaterielle Werte zu richten. Denn die natürlichen Grenzen des Planeten sind bereits überschritten und ein Konsumverhalten von zukünftig neun Milliarden Menschen auf unserem

Niveau ist nicht möglich. Die Bemühungen um einen nachhaltigen Ernährungs- und Konsumstil müssen weiter greifen. Die Strebrichtung der Nachhaltigkeit darf nicht alleinig ausgerichtet werden auf ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum entlang öko-sozialer Leitplanken. Wohlstand und Glück beinhaltet auch das Miteinander der Menschen, kultureller Reichtum und Freiheit – eben Nachhaltigkeit im ideellen Sinne. Ein Umbau der Kon-

sumgesellschaft bedeutet eine Umorientierung der Konsumstile – weg vom materiellen Wohlstand hin zu ideell kulturellem Wohlstand, der einhergehen muss mit einer klaren Ausrichtung des produzierenden Gewerbes und der Dienstleistungen entlang öko-sozialer Leitplanken.

Die Bundesrepublik Deutschland ist in ihren Nachhaltigkeitsbemühungen auf einem guten Weg und wir unterstützen die Bemühungen und Ak-

tivitäten hin zu einer effizienteren und nachhaltigeren Wirtschaft. Die etablierten Leitbilder sind jedoch immer noch dominiert von Wohlstandsvorstellungen, die auf der Grundlage einer Mehrung des materiellen Konsums und Wachstums gedacht sind.

Wir halten deshalb einige der Aktivitäten für noch nicht ausreichend erfolgversprechend.“

Klare Forderungen stellen

Der Verband fordert als wesentliche Nachhaltigkeitsmaßnahme ernsthaft an dem Umbau des Ernährungssystems zu arbeiten. Ziel müsse es sein, so die Öko-Hersteller, Menschen zukünftig mit ökologischen/nachhaltigen Lebensmitteln zu ernähren und dies unter Beachtung eines Ernährungsstils, der auf vollwertigen und überwiegend auf pflanzlichen Produkten basiert. Eine Halbierung des Verbrauchs tierischer Lebensmittel ist aus Gründen der Nachhaltigkeit und der Gesundheitsförderung der Menschen anzustreben. (Vollwertig essen und trinken nach den 10 Regeln der DGE, <https://www.dge.de/ernaehrungspraxis/vollwertige-ernaehrung/10-regeln-der-dge/>).

Auch der BÖLW hat eine umfangreiche Stellungnahme zum Nachhaltigkeitsdialog abgegeben. Weitere Informationen sind unter www.boelw.de zu finden.

Anne Baumann, Renate Dylla

EU plant Product Environmental Footprint

Mit der Product Environmental Footprint (PEF) Initiative der EU-Kommission soll erreicht werden, dass Verbraucher eine Vergleichbarkeit hinsichtlich der Umweltfreundlichkeit der Produkte innerhalb von Produktgruppen durchführen können.

Mit den geplanten Maßnahmen des Produkt-Umweltfußabdruckes (PEF) bzw. des Organisation-Umweltfußabdruckes (OEF) will die dafür zuständige DG Umwelt, die Möglichkeit schaffen, Umweltauswirkungen von Produkten und Dienstleistungen zu messen, zu bewerten und vergleichen zu können und so den Verbrauchern und Bürgern kommunizieren zu können, welches Produkt am umweltfreundlichsten ist. Der Verbraucher soll – im aktu-

ellen Wust der vielen grünen Labels – einen besseren Überblick über seine konsumierten Produkte bekommen. Dieses Vorhaben bewertet die AöL als grundsätzlich positiv.

Für den PEF wird an insgesamt 23 Piloten für die europäische Wirtschaft gearbeitet, darunter allein für die Lebensmittelwirtschaft an Elf Piloten (z. B. Pasta, Olivenöl, Bier, Milchprodukte, Fisch, Fleisch etc.). Damit fokussiert sich der Schwerpunkt auf Lebensmittel, insbesondere deshalb, weil die Erzeugung der Rohstoffe zu großen Umweltauswirkungen beiträgt. In Verbindung mit der angekündigten Nutzung des EU-Umweltzeichens (Ecolabel) wird deutlich, dass beabsichtigt ist, eine neue Umweltkennzeichnung für Lebensmittel

einzuführen.

Diese offensichtliche, geplante Öffnung des EU-Umweltzeichens (Ecolabels) für Lebensmittel bewertet die AöL als sehr problematisch. Nach der EG-VO 66/2010 ist das EU-Umweltzeichen für Lebensmittel derzeit nicht erlaubt. Und das aus gutem Grund. Lebensmittel, die nach der EG-Öko-VO 834/2007 erzeugt, hergestellt und vermarktet werden, sind als ökologische Erzeugnisse gesetzlich definiert und geschützt. Eine Öffnung des EU Umweltzeichens für Lebensmittel würde durch die Einführung eines zweiten staatlich geschützten Umweltkennzeichens für Lebensmittel zur Verbraucherverwirrung führen. „Dies lehnen wir entschieden ab“, so der Verband.

